

12. April 2014

Die Fragen stellte Stefanie Zenk, Projektmanagerin Wirtschaftsförderung

Stefanie Zenk:

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben diese Woche im Kabinett die EEG-Reform beschlossen, die Reform des Erneuerbare Energien-Gesetzes. Die Energiewende wird ja häufig als „Jahrhundertprojekt“ bezeichnet. Das lässt auf einen langen Weg schließen. Sind Sie sich sicher, dass Sie da die richtige Richtung eingeschlagen haben?

Bundeskanzlerin Merkel:

Ja, da bin ich mir sicher. Wir haben jetzt eine Entwicklung, dass die erneuerbaren Energien schon ein Viertel des Stroms erzeugen. Das heißt, wir sind nicht mehr in einer Nischensituation für die erneuerbaren Energien, sondern sie sind ein wichtiger Pfeiler unserer gesamten Stromversorgung geworden. Damit müssen wir jetzt auch mehr Berechenbarkeit in den Ausbau bringen. Und deshalb haben wir Pfade, also Obergrenzen festgelegt, wie wir unser Langfristziel – nämlich 2050 80 Prozent unseres Stroms aus erneuerbaren Energien zu erzeugen – erreichen können. Und auf diesem Weg haben wir jetzt die nächsten Jahre skizziert und dazu auch den einzelnen Energiearten, wie Wind, Solarenergie und Biomasse zum Beispiel, Perspektiven gegeben. Und deshalb, glaube ich, war das ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Und wir werden damit die Kostendynamik, also den sehr schnellen Anstieg der Umlage doch in ein vernünftiges Niveau und eine vernünftige Bahn bringen.

Die Energiewende ist ja in der Tat mit einer breiten gesellschaftlichen Unterstützung gestartet. Jetzt steigen die Kosten – Sie sprechen sie gerade selber an – vor allen Dingen auf der Seite der Verbraucher und auch großer Teile des Mittelstands. Auf der anderen Seite haben wir die Großindustrie, die bevorzugt zu werden scheint, mit Industrierabatten oder Privilegien des Eigenstroms. Wie wollen Sie verhindern, dass gegebenenfalls die Energiewende am Ende am Unmut der Bevölkerung scheitern könnte?

Also, ich bin sehr froh, dass die Bevölkerung den Ausbau der erneuerbaren Energien doch sehr positiv begleitet. Wenn Menschen mit Folgen wie Netzausbau oder Windkraftanlagen in der Nähe des eigenen Wohnortes konfrontiert sind, dann gibt es manchmal Diskussionen. Das ist auch richtig. Aber auf der anderen Seite erfreut sich die Energiewende nach wie vor einer sehr hohen Unterstützung. Die darf man nicht aufs Spiel setzen. Und deshalb haben wir ja auch jetzt die Kostendynamik gebremst – durch einen berechenbaren Ausbau der erneuerbaren Energien. Und wir müssen natürlich parallel auch den Netzausbau schaffen. Damit nicht dauernd Energie gar nicht eingespeist werden kann, aber trotzdem bezahlt werden muss; das wäre natürlich schlecht. Wir brauchen Ausnahmeregelungen für die Wirtschaft, damit auch Arbeitsplätze gesichert werden. Und um Ihnen noch mal ein Beispiel zu geben: Von 45.000 Betrieben, die in Deutschland existieren, werden etwas mehr als 2.000 privilegiert. Das sind also wirklich nur diejenigen Mittelständler oder Großunternehmen – beides ist möglich –, die in ganz besonderer Weise entweder sehr großen Wettbewerb in Europa oder auf der Welt haben, um ihre Produkte zu verkaufen: Stahl-, Aluminium-, Kupferbetriebe, Papierverarbeitung. Das würde ansonsten bedeuten, dass diese Arbeitsplätze in Deutschland

nicht mehr existieren würden, und das wäre nicht richtig. Zweitens, was den Eigenstrom anbelangt: Wir wollten ja, dass die Menschen oder auch die Unternehmen selber investieren. Und deshalb sind nicht nur Unternehmen privilegiert bezüglich der Nutzung des Eigenstroms, sondern auch Ein- und Zweifamilienhäuser zum Beispiel. Also, wenn Menschen sich entscheiden, eine Solaranlage aufs Dach zu setzen, dann haben sie auch diese Privilegierung.

Die Anreize des EEG haben ja in der Tat dazu geführt, dass der Ausbau an Ökostromanlagen stark gestiegen ist. Das heißt also vor allen Dingen die Erzeugung erneuerbarer Energien. Jetzt scheint es doch eher zu haken bei der intelligenten Verteilung des Stromes oder auch bei Speichertechnologien und -möglichkeiten. An wem liegt das?

Es hakt im Augenblick einerseits an den Netzkapazitäten. Wir brauchen mehr Netze und stärkere Netze von Nord nach Süd. Wir brauchen aber auch den Ausbau der Verteilernetze. Zum Beispiel haben wir in Süddeutschland sehr viele Photovoltaik-Anlagen, und dort ist je nach Sonnenschein natürlich dann auch die Einspeisung größer oder weniger groß. Da wird man – wo immer es möglich ist – auch intelligente Netze zum Einsatz bringen. Aber das ist natürlich eine große Umstrukturierung, die nicht von einem Tag auf den anderen gelingt. Und insofern, glaube ich, werden wir dieses Problem schon schrittweise lösen.

Wenn man Bilder oder Fotos zum Thema Energiewende sieht, dann sind hierzulande ja meist Solardächer zu sehen, die Sie ja auch schon erwähnt haben, oder Windkraftträder zum Beispiel. Länder wie Norwegen oder auch die Niederlande könnten sicherlich auch Elektrofahrzeuge in voller Fahrt zeigen. Bei uns wären das möglicherweise eher die E-Mobile, die noch im Schaufenster stehen oder am Bordstein ausrollen, weil die Stromtankstelle nicht in Sicht ist. Warum gelingt uns denn hier keine Vorreiterrolle?

Noch einmal zurück: Es war ja auch die Frage nach den Speichern. Das ist zum Beispiel auch eine Forschungsaufgabe. Wir müssen hier noch mehr investieren. Die klassischen Pumpspeicherkraftwerke, die wir zum Beispiel in Norwegen haben – wo wir auch extra jetzt ein Stromkabel legen werden, um solche Kapazitäten auch zu nutzen –, die stehen in Deutschland in dem Ausmaß nicht zur Verfügung. Aber trotzdem gibt es einen Forschungsschwerpunkt, der sich mit Speicherkapazitäten im Rahmen unserer Hightech-Strategie befasst. Und das müssen wir auch in den nächsten Jahren ausbauen. Was Elektromobilität anbelangt, da sind wir, glaube ich, schon auf einem besseren Pfad, als Sie das im Augenblick dargestellt haben. Sie sehen, auch in Berlin gibt es auch inzwischen Möglichkeiten, sich Elektroautos auszuleihen und damit Stadtfahrten zu machen. Aber richtig ist: Wir stehen noch am Anfang. Wir wollen bis 2020 eine Million E-Mobile auf der Straße haben. Wir haben durch BMW jetzt ein neues Automobilwerk, das nur Elektroautos baut. Das heißt, wir werden in absehbarer Zeit nicht mehr nur auf Marken anderer Länder angewiesen sein, sondern eben auch eigene Mobile benutzen können. Und wir haben eine Plattform Elektromobilität, wo von der Batterie bis hin zur Infrastruktur Wirtschaft, Technik, Forscher und die Bundesregierung zusammenarbeiten. Und diese Plattform Elektromobilität wird auch in diesem Jahr wieder tagen. Und wir wollen natürlich auch bestimmte Privilegierungen, zum Beispiel Kraftfahrzeugsteuerbefreiungen, und damit Anreize für das Kaufen von Elektromobilen setzen.

Wenn ich zum Schluss noch mal den Blick über den Tellerrand richten darf. Wie viel Gemeinsamkeit gibt es eigentlich in der europäischen Energiepolitik? Die Europäische Kommission stört sich ja aktuell an den Förderregelungen des EEG. Und wenn wir die Nachbarn Frankreich oder Polen sehen, da werden Atomkraftwerke eher ausgebaut statt abgebaut. Warum gelingt es Deutschland da nicht, die anderen Europäer auf seinem energiepolitischen Weg mitzunehmen?

Ja, es sind schon Entscheidungen, die wir auch sehr national fällen. Und wir sind da auch kritischen bis verwunderten Blicken in Europa ausgesetzt. Manche sagen: Was wir hier in Deutschland machen, das kann gar nicht klappen. Deshalb ist es für uns so wichtig, dass wir industrielle Stärke, Arbeitsplätze, Versorgungssicherheit und erneuerbare Energien, dass wir das alles zusammenbringen. Denn die Welt schaut auf uns und ist sich noch nicht ganz sicher: Schaffen wir das – weil man uns auch viele technischen Neuerungen zutraut –, oder aber geht das nicht? Und wir wollen als Bundesregierung natürlich einen Beitrag dazu leisten, dass das gelingt. Wir werden eine zunehmende Vereinheitlichung des europäischen Binnenmarktes auch im Energiebereich bekommen. Da ist das erste, dass man mal ausreichend Interkonnektoren, also Leitungen zwischen den Ländern, hat. Es ist heute noch so, dass die iberische Halbinsel zum Beispiel fast vom restlichen europäischen Strommarkt entkoppelt ist. Da wird viel investiert werden, auch mit europäischen Fördermitteln, wo sich das wirtschaftlich nicht rechnet. Zweitens ist ja das, was jetzt in Brüssel mit den einheitlichen Beihilferichtlinien diskutiert wurde, schon ein erster Schritt in Richtung – auch – vergleichbarer Förderrichtlinien. Denn, das, was bei uns die EEG-Umlage war, waren zum Beispiel in Frankreich auch Vergünstigungen für Industriestrompreise. Jedes Land hat seine Wirtschaft auch ein Stück weit privilegiert – jedenfalls sehr viele Länder. Und das soll alles schrittweise vereinheitlicht werden. Und wenn wir dann mehr Verbindungen zwischen den europäischen Ländern haben, mehr einheitliche Förderregelungen – Deutschland wird zum Beispiel ab 2017 die Kapazitäten für erneuerbare Energien auch ausschreiben müssen, auch das wird eine Forderung der Europäischen Union sein –, dann kommen wir dem Energiebinnenmarkt schon näher. Die Auswahl, welche Energieerzeugung ich wähle, die werden die Länder selbst unterschiedlich treffen. Allerdings will die Kommission im Rahmen unserer Klimaschutzverpflichtungen, dass Europa am Ende der zwanziger Jahre, bis 2030, im Durchschnitt 27 Prozent erneuerbare Energien hat. Deutschland wir da mehr haben. Aber im Durchschnitt soll ganz Europa mehr erneuerbare Energien haben. Das heißt, es ist ein langer Weg, aber es ist ein Weg, der zu mehr Kohärenz führt. Über die Frage der Nutzung der Kernenergie werden wir auf absehbarer Zeit unterschiedlicher Meinung bleiben.